

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014: Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik*

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2014 im Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich um 1,9% steigen. Das 68-Prozent-Prognoseintervall reicht dabei von 1,2% bis 2,6%. Treibende Kraft ist die Binnennachfrage. Der Anstieg der Verbraucherpreise fällt mit 1,3% im Jahr 2014 moderat aus. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Jahr 2014 noch einmal kräftig steigen. Die Konjunktur erhält allerdings Gegenwind von der Wirtschaftspolitik. So ist die abschlagsfreie Rente ab 63 ein Schritt in die falsche Richtung, und die Einführung des Mindestlohns wird im Jahr 2015 den Beschäftigungsanstieg dämpfen.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, Weltwirtschaft, Deutschland, öffentliche Finanzen, mittelfristige Projektion

In den ersten Monaten des Jahres 2014 expandiert die Produktion in der Welt recht kräftig. Die USA und Großbritannien befinden sich im Aufschwung, und die Wirtschaft im Euroraum erholt sich langsam von der Rezession. Allerdings hat eine Reihe von Schwellenländern seit vergangenem Sommer mit Kapitalabflüssen und Währungsabwertungen zu kämpfen.

Die Geldpolitik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiter expansiv ausgerichtet; die Leitzinsen liegen auf oder knapp über der 0%-Marke. Die Finanzpolitik dürfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auch im Jahr 2014 restriktiv sein, der Restriktionsgrad wird aber wohl deutlich geringer sein als im Jahr 2013. Im Prognosezeitraum dürfte die weltwirtschaftliche Produktion etwa in dem gleichen Tempo expandieren, das in der zweiten Jahreshälfte 2013 zu beobachten war. Im Euroraum wird sich die Konjunktur voraussichtlich weiter erholen. Die Belastung von Unternehmen und privaten Haushalten mit Kosten der Verschuldung geht zurück, die Vermögenspreise steigen in den meisten Ländern wieder, und die Arbeitsmärkte stabilisieren sich. Die Dynamik der Nachfrage wird freilich auch weiterhin verhalten bleiben, denn die angestrebten Verbesserungen der Bilanzen der Banken, privaten Haushalte und Unternehmen sind noch nicht abgeschlossen, und der private Konsum wird

durch die weiter schwierige Situation am Arbeitsmarkt gedämpft. Alles in allem rechnen die Institute mit einem Anstieg der Weltproduktion um 2,9% im Jahr 2014 und um 3,1% im folgenden Jahr.

Ein Risiko für die Weltkonjunktur stellt derzeit die weitere Entwicklung der Kapitalmärkte in den Schwellenländern dar. Einzelereignisse könnten auch in Zukunft weitere Kapitalabflüsse und Wechselkursabwertungen auslösen. Der russisch-ukrainische Konflikt könnte ein solches Einzelereignis darstellen. Ein weiteres Risiko für die Konjunktur stellt der unerwartet deutliche Rückgang der Preisdynamik im Euroraum dar. Eine solche überraschend niedrige Preisdynamik bedeutet, dass die realen Lasten von Altschulden höher sind als erwartet. Von einer Deflation ist der Euroraum allerdings ein gutes Stück entfernt, und die Preisdynamik dürfte im Zuge der gegenwärtigen Erholung auch wieder anziehen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2014 im Aufschwung. Insbesondere nehmen die Auftragseingänge aus dem Ausland kräftig zu. Die Finanzierungsbedingungen sind weiterhin ausgesprochen günstig. Die Investitionstätigkeit hat vor diesem Hintergrund an Schwung gewonnen, wobei die Bautätigkeit allerdings auch durch den milden Winter angeregt worden ist. Die Institute erwarten, dass die Produktion im Verlauf dieses Jahres weiterhin deutlich zunimmt. Die Wohnungsbauminvestitionen werden nach wie vor von den niedrigen Zinsen angeregt. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden durch die gute Finanzlage vieler Kommunen gestützt. Die außerordentlich guten Finanzierungs-

* Abgeschlossen in Halle (Saale) am 8. April 2014. Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014: Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik](#). Halle (Saale) 2014.

bedingungen für Unternehmen sowie die Zuversicht, die aus den Unternehmensumfragen spricht, weisen zudem auf eine weitere Beschleunigung bei den Unternehmensinvestitionen hin. Den größten Beitrag zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird aber voraussichtlich der private Konsum leisten, der durch eine beschleunigte Zunahme der verfügbaren Einkommen und den weiteren Beschäftigungsaufbau gestützt wird. Vom Außenhandel dürfte hingegen kein Impuls ausgehen. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr voraussichtlich um 1,9% steigen. Der Anstieg der Verbraucherpreise fällt mit 1,3% sehr moderat aus. Die Finanzpolitik bleibt im Wesentlichen infolge der von der Bundesregierung beschlossenen Leistungsausweitungen im Bereich der Rentenversicherung expansiv ausgerichtet. Aufgrund der guten Konjunktur und der damit einhergehenden Einnahmesteigerungen wird sich die Finanzlage des Staates aber weiter verbessern.

Im Jahr 2015 bleibt das Expansionstempo hoch. Es wird aber voraussichtlich durch die für den 1. Januar 2015 vorgesehene Einführung des flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro brutto je Stunde etwas beeinträchtigt. Die wirtschaftlichen Konsequenzen dieser Maßnahme sind außerordentlich schwer abzuschätzen. Die Institute schätzen, dass im Jahr 2015 rund 200 000 Stellen verlorengehen. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen dürfte dadurch um 0,3% sinken. Der Verlust beim Bruttoinlandsprodukt wird allerdings wohl nur 0,1% betragen, weil vor allem wenig produktive Arbeitsplätze wegfallen. Unter Berücksichtigung des Mindestlohneffekts wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 voraussichtlich um 2,0% expandieren. Dazu trägt auch die im Vergleich zum Jahr 2014 höhere Zahl von Arbeitstagen bei; arbeitstäglich bereinigt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1,8% zunehmen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich auf 1,8% beschleunigen; davon dürften 0,2 Prozentpunkte auf die Überwälzung des durch den Mindestlohn induzierten Lohnanstiegs zurückzuführen sein. Die Arbeitslosenquote bleibt bei 6,7%. Die Finanzpolitik ist leicht expansiv ausgerichtet.

Gegenwind für die deutsche Konjunktur kommt von der Wirtschaftspolitik. Die Mehrheit der Institute ist der Auffassung, dass sie mit vielen der ergriffenen Maßnahmen ihren Zielen nicht näherkommt,

sondern neue Probleme schafft. Der flächendeckende Mindestlohn wird die Beschäftigungschancen Geringqualifizierter insgesamt eher schmälern und – da Transfers wegfallen werden – kaum zur Reduktion von Armut beitragen. Die abschlagsfreie Rente ab 63 konterkariert die Bemühungen, die Rentenversicherung an die steigende Lebenserwartung anzupassen. Bei den öffentlichen Investitionen liegt das Gewicht zu sehr auf den Mehrausgaben an sich. Was die europäische Wirtschaftspolitik betrifft, kommt es jetzt vor allem darauf an, die Bankbilanzen in den Krisenländern zu bereinigen, um eine lange Phase gedämpfter wirtschaftlicher Entwicklung und den damit verbundenen Risiken – u. a. für die Preisstabilität – zu vermeiden.

Tabelle:
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2011	2012	2013	2014	2015
Reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	3,3	0,7	0,4	1,9	2,0
Erwerbstätige im Inland in 1 000 Personen	41 152	41 608	41 841	42 151	42 236
Arbeitslose in 1 000 Personen	2 976	2 897	2 950	2 865	2 883
Arbeitslosenquote BA ^a in %	7,1	6,8	6,9	6,7	6,7
Verbraucherpreise ^b (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,1	2,0	1,5	1,3	1,8
Lohnstückkosten ^c (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	2,8	2,0	1,4	2,0
Finanzierungssaldo des Staates ^d					
in Milliarden Euro	-21,5	2,3	0,3	3,6	14,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-0,8	0,1	0,0	0,1	0,5
Leistungsbilanzsaldo					
in Milliarden Euro	178,4	198,6	206,0	224	228
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	6,8	7,4	7,5	7,9	7,7

^a Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ^b Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – ^c Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ^d In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2014 und 2015: Prognose der Institute.

Auffassungen des Konsortiums aus DIW Berlin und WIFO zur Wirtschaftspolitik, die von denen der Mehrheit der Institute abweichen, finden sich in einem Abschnitt „Eine andere Meinung“.